

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **34 (1944)**

Heft 18

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE **R**UNDSCHAU

Krise links

an- In Zürich hat sich die «*verkappte Kommunistenpartei*», ähnlich wie in Genf und Basel, etabliert. «Flugsand», so wird von der spaltungsbedrohten sozialdemokratischen Presse geschrieben, «Flugsand», finde sich zusammen. Die bewährte Politik der alten Partei werde den Zusammenhalt der fest organisierten Arbeiterschaft garantieren. Zweifellos hat sie mit der Charakterisierung der Leute, die sich zu einer neuen Partei zusammenfinden, weitgehend recht. Denn alle neuen Gebilde, ob sie sich nun halten und durchsetzen oder ob sie sich nie zu fester Gestalt entwickeln, ziehen zunächst «Flugsand» an, Material aus verschiedenen lockern Zonen der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen. Solange sich eine Partei in reiner Opposition zum Bestehenden befindet, läuft dieser «Flugsand» vielfach mit ihr. Der Vorgang in Zürich ist eindeutig: Eben die «*Burgfriedenspolitik*», in Bern durch die «*Arbeitsgemeinschaft*» mit den drei grossen bürgerlichen Parteien charakterisiert, gibt der Sozialdemokratie ein «neues Ansehen»: Von rechts her behandelt man sie als bündnisfähig und gewährt ihr den einen Sitz im Bundesrat. Von der ins Illegale gedrängten äussersten Linken aber wird sie bereits als Verräterin an jenen Schichten gebrandmarkt, deren Interessen sie verfehlt.

Die eigentlichen Parteigründer, die Kommunisten und Nicolisten, müssen, da ihre Organisationen verboten sind, im Hinterhalt operieren. Die Genfer- und Basler Parteien, welche sich ihre Vertreter in den Legislativen geholt haben, in Genf unter fast restloser Aufsaugung der Sozialdemokratie, in Basel hauptsächlich auf Kosten des «*Landesringes*», stehen denn auch unter der Leitung neuer Leute, die nicht «maximal kommunistisch belastet» sind. In Zürich operiert an der Spitze der Bewegung Harry Gmür, ein ziemlich humorarmer und einseitig «denkender», nicht mit viel Instinkt ausgestatteter Intellektueller. Seinem Verstande kommt Bundesrat Nobs als «harmlos» vor. Nationalrat Ilg aber, der den Frieden mit den Metallindustriellen geschlossen und eine Ausnützung der Konjunktur für die Arbeiterlöhne verhinderte, die Unternehmergewinne aber sichern geholfen, erhält von ihm kaum die Note «harmlos»... Und die Leute, die sich seinem Stern anvertrauen, urteilen zweifellos noch schärfer!

Ueber die Zukunft der neuen Zürcher Partei, über die Möglichkeiten ähnlicher Gründungen anderwärts — kaum in Bern — lässt sich so lange nichts sagen, als man nichts Sicheres über die Nachkriegspreis- und Lohnpolitik weiss. Lässt die «*Burgfriedenskoalition*» der Linken mit den bürgerlichen Parteien Preise und Löhne zusammenbrechen, kann sie eine neue Krisis nicht verhindern, dann verwandelt sich wohl ein grosser Teil der krisenbetroffenen Massen in Flugsand, und alsdann ist die «Krise links offen». Diese bedingte Prophezeiung wird man wagen dürfen. Es ist also die Frage, ob die Verbündeten des heutigen Kurses wissen, was auf dem Spiele steht, und ob sie Willen und Mittel besitzen, die wirtschaftliche Entwicklung zu meistern.

„Vorspiele zum letzten Akt“?

An der Ostfront sind die Operationen zum Stillstand gekommen. Mansteins Gegenoffensive in Galizien hat sich im wesentlichen als Fehlschlag erwiesen, es sei denn, man habe darin nur den Versuch einer Linienverbesserung zu sehen, der geglückt wäre. Die Verteidigungsfront östlich und südöstlich von Stanislaw ist verbessert worden. Der

Keil bei Bucacz wurde bis zum Dnjestr verbreitert. Die Gegner graben sich ein und stellen Reserven bereit. Allfällig aufflammende Aktionen müssen entweder als Erkundungsvorstösse, als Störungsversuche des gegnerischen Aufmarsches oder als Anstrengungen, die Ausgangspositionen für die kommenden Kämpfe zu verbessern, betrachtet werden.

Im Raume der bergigen Südbukowina und der rumänischen Neamtuprovinz stehen Konjew zwei neue Gegner gegenüber: Die Schneeschmelze und die Minengefahr. Der erste wird in zwei bis drei Wochen von selbst verschwinden sein. Dem zweiten haben die Russen, ähnlich wie die Angelsachsen in Italien, mit mühseligen «magnetischen Minenzerstörern» beizukommen. Es wird nicht im Blitztempo überwunden werden können. Die mehr als 200 km tief gestaffelten Gebirgshindernisse scheinen von den Deutschen und Ungarn, ebenso wie von den verlässlich gebliebenen rumänischen Verbänden nach allen Regeln der Kunst verteidigt zu werden. Russischerseits werden grosse Hoffnungen auf die Partisanen gesetzt. Fallschirmjäger gesellen sich zu ihnen. In den dichten Wäldern des Gebirges werden Vorbereitungen zu einem neuartigen Feldzug hinter den gegnerischen Linien getroffen. Man werde eines Tages vernehmen, was diese Huzulen, Rotrussen und Nordrumänen ausrichten würden.

In der moldauisch-bessarabischen Ebene könnten noch am ersten Entscheidungen reifen. Aber die Brückenköpfe westlich des Dnjestr sind um den 25. April herum nicht so weit organisiert, dass der Rückenangriff gegen die Positionen von Kischineu und Jassy und der direkte Vormarsch über Akkerman gegen das Donaudelta bereits eingeleitet wäre. Diese Operationen aber, so scheint es, liegen im Zuge der russischen Sommerpläne.

Unterdessen gehen die Kämpfe um Sebastopol ihrem nähern oder fernern Ende entgegen. Die Angreifer haben sich bis in Kilometernähe an die überfüllte Stadt herangeschoben. Quais und Hafenanlagen liegen unter konzentrischem Artilleriefeuer. Ein riesiger Schiffsfriedhof verhindert die Ausfahrt der Evakuationschiffe. Nur kleine Verbände scheinen sich zur See durchgeschlagen zu haben. In den natürlichen Felsenbefestigungen leistet die Besatzung verzweifelt, aber aussichtslosen Widerstand. Wie lange wohl noch?

An der Nordfront soll, so heisst es, Rokossowski zwischen Pripjet und Rogatschew auf das Trocknen des Bodens warten, um alsdann eine neue Grossoffensive gegen Bobruisk-Minsk einzuleiten. Ähnlich würden die weiteren Frontstrecken bis hinauf nach Narwa in Angriffszustand versetzt. Die deutschen Einbruchversuche vor Narwa dienen lediglich dem Plane, Narwa freizulegen und die kürzeste Verteidigungslinie des nördlichen Estland zurückzugewinnen.

Was aber den russischen Umgruppierungen den Grundcharakter gibt, ist der Einmarsch der «Sommerarmeen» in die vordersten Linien. Auf Grund dieses Aufmarsches glaubt man in militärischen Kreisen, auf die

Koordinierung der Invasion im Westen

oder anderswo mit der russischen Grossoffensive im Frühsommer, womöglich schon im Mai, schliessen zu dürfen. Das Bild, das diese Zusammenarbeit bieten wird, lässt sich nach den vielen tarnenden — und doch wieder offenbarenden — Reden und Artikeln der letzten Monate einigermaßen erkennen. Im Westen, zugleich in Norwegen und Dänemark mit Richtung Ostsee, vermutlich auch in Südfrankreich, sodann über Jugoslawien und Albanien,

und wer weiss, sogar in der Aegäis, schliesslich auch gegen Nordnorwegen und Finnland würden die Invasionsarmeen zum Angriff schreiten. Dadurch entstünde für das OKW die Notwendigkeit, an vielen Stellen zugleich Teile der «operativen Reserve» einsetzen zu müssen. Dies zu einer Zeit, wo die russischen Sommerarmeen ebenfalls auf der ganzen Linie zum Generalangriff schreiten würden. Die bisherige *Bindung deutscher Divisionen im Westen und in Italien, in Norwegen und im Balkan*, welche den Russen ihre Aufgabe im Osten erleichterte, würde also im Effekt verstärkt, und ein neuer Faktor käme hinzu: Während die «latenten Bindungsfronten» wenig Material verbrauchten, würden nun auch sie täglich von ihren Munitionsstapeln zehren und der Heimatfront zusätzliche Anstrengungen aufzwingen, und dies unter erschwerten Umständen.

Der Erfolg solcher Zusammenarbeit, so kalkulieren die Strategen, müsste zwangsläufig reifen, weil mit aller Bestimmtheit einzelne Sektoren der ins Ungeheure verlängerten Front schwächer als andere wären und nachgeben würden. Was sich also an der Ostfront ergeben, könnte sich auch anderwärts wiederholen. Das heisst: Ohne Zweifel vermöchten nicht nur die Russen, sondern auch ihre Verbündeten da oder dort *Schwerpunkte ihrer Stosskraft zu entwickeln*, und die ersten Einbrüche, von den auch deutscherseits angenommenen Landungsmöglichkeiten abgesehen, wären da. Kämen dazu in Frankreich und auf dem Balkan aufgelöste Aufstandsbewegungen, die Rückwirkungen in Deutschland selbst, vor allem bei den ausländischen Arbeitern. Das Bild einer dermassen eingeleiteten Entwicklung würde berechtigen, vom «letzten Akt des Dramas» zu sprechen. Wenigstens von seinem Beginn.

Natürlich setzt eine solche Rechnung voraus, dass man keine wesentlichen Faktoren falsch gesehen habe. Und die weitere Voraussetzung: Dass die Russen mit ihren Alliierten auch politisch so harmonisieren, wie es eine reibungslose militärische Zusammenarbeit erfordert. In mehr als einem Koalitionskriege der Vergangenheit geschah es, dass sich Verbündete gegenseitig und mit Absicht das Spiel verdarben, und zwar im Hinblick auf den Nachkrieg.

Bis zur Stunde hat man keine Anzeichen entdecken können, die eine wirklich politische Entzweiung andeutete. Ueber alle Differenzen hinweg wurden die Hindernisse gemeinsamen Handelns auf den Schlachtfeldern und auf wirtschaftlichem Boden weggeräumt, die politischen Auseinandersetzungen verschoben. Die ungeheure Stärke des Gegners belehrte Russen und Angloamerikaner, wie unheilvoll Diskussionen um Polen, um die andern «Einfluss-sphären», um Nachkriegsgrenzen sein würden.

Die speziellen politischen Vorentscheide,

welche im Hinblick auf die Kriegsendphase gesucht wurden, scheinen in der letzten Aprilwoche grossenteils als erledigt oder misslungen zurückgestellt worden zu sein. Wir denken hier zunächst an *Finnland*. Der russische Volkskommissar *Wyschinski* gab am 23. April bekannt, dass «*Finnland es vorziehe, in der Abhängigkeit von Hitler zu bleiben*». Das wurde als Signal für das wirkliche Ende der bisherigen Verhandlungen angesehen. Die abgeänderten russischen Vorschläge verdienen, ihrer historischen Merkwürdigkeit wegen festgehalten zu werden. *Russland verlangte von Finnland, dass es «bis Ende April» die deutschen Armeen von seinem Territorium vertreibe oder sich wenigstens anschieke, die bisherigen Waffengefährten anzugreifen*. Im übrigen solle sich die auf 50 Prozent ihres Bestandes zu reduzierende Finnenarmee hinter die 1940ergrenze zurückziehen. Zur Wiedergutmachung der auf russischem Boden entstandenen Kriegsschäden sollte das kleine Land innerhalb von 5 Jahren volle 500 Millionen Dollars an Moskau zahlen. Auf Hangö wollten die Russen verzichten, dafür aber Petsamo mit seinen Nickelgruben behalten.

Regierung und Reichstag antworteten mit einem unter langen Diskussionen erwogenen «Unannehmbar». Der neue Feldzug *der Armee Meretzkow* gegen das todesmutige kleine Volk soll also — vermutlich im Zusammenhang mit der alliierten Invasion in Norwegen — zur Tatsache werden, vorausgesetzt, dass nicht hinter den Kulissen noch andere als die offen gespielten Spiele laufen sollten. Aber die russische Mitteilung, dass die Deutschen nun auch in Südfinnland mit den Finnen gemeinsam Verteidigungsstellungen bezögen, lässt jene Ueberschläue zuschanden werden, die glaubten, Finnland würde zur Täuschung der Deutschen seinen «Friedensschluss tarnen».

Erledigt sind auch *die Friedensgerüchte um Rumänien und Bulgarien*, entsprechend den verschobenen militärischen Entscheidungen in der Moldau und in Bessarabien. Das heisst natürlich nicht, dass «gar nichts dran» gewesen, noch dass später nichts daraus werde.

Am meisten Aufsehen erregt haben die *Verlautbarungen Ankaras bei Einstellung der Chromlieferungen an die Achse*. Die Türkei, so argumentierte der Aussenminister *Menemendschoglu*, dürfe die Note der Alliierten nicht als neutrale, sondern als England verbündete Macht bewerten, und es verstehe sich von selbst, dass sie nicht den Gegnern Material liefere, woraus Waffen gegen die eigenen Verbündeten hergestellt würden. Derartige Begründungen hätten die türkischen Politiker, so stellte man mit Erstaunen fest, längst abgeben können, wenn sie es für notwendig — oder für zeitgemäss — angesehen. Sollten sie der Ansicht sein, dass es jetzt Zeit dazu geworden? Und wäre es möglich, darin Hinweise auf die Richtung der «Invasion» zu sehen?

Die Ausschaltung der deutschen Wirtschaft

aus dem kriegerischen Ringen, ihre Lahmlegung, gehörte ja seit dem Beginn der britischen Blockadeversuche zu den Zielen der Engländer. Es geht nach wie vor um die *Erledigung wehrwichtiger Rohstoffquellen*. Eine davon ist nun verstopft, und auf *die restlichen Chromvorkommen in Griechenland und Jugoslawien* sollen die Partisanen in naher Zukunft greifen. Nicht gesperrt bleibt aber *das portugiesische und spanische Wolfram*, und ähnliche Noten wie aus Ankara wird London aus Madrid nicht bekommen, wenn auch vielleicht aus Lissabon. Ebenso wenig lassen sich *die Schweden* bestimmen, ihre bisherigen *Kugellagersendungen nach dem Reiche* noch mehr zu reduzieren.

Näher liegen die Möglichkeiten, auf *die wichtigsten dem Reiche zur Verfügung stehenden Petrolgebiete, auf Ploesti, Stanislaw und Drohobycz zu greifen* und sie vorgängig durch schwere Luftbombardemente soweit als möglich zu schädigen. *Die Nonstop-Luftoffensive gegen die deutschen Industriestädte* hat eine bisher nie gekannte Intensität erreicht. Fast ebenso wichtig werden die *täglichen Angriffe der Amerikaner gegen Schienenstränge und Schifffahrtswege in Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien*. Wenige Städte von Verkehrsbedeutung sind verschont geblieben, und immer neue Industriezentren im Reiche erleben bei Tag oder bei Nacht ihre furchtbaren Schicksale.

«Bis zum Tage der Invasion» wollen die Angelsachsen der deutschen Jägerabwehr das Genick brechen. So steht es im gemeinsamen alliierten Aktionsprogramm. Ihre eigenen «Invasionsgeschwader» bleiben dabei im Hinterhut. Auch die Deutschen sparen Reserven für den «Tag D». Bevor die grossen Amphibien- und Landoffensiven einsetzen, werden wir das furchtbarste Stadium des Luftkrieges abrollen sehen. Darf man annehmen, es sei «das Vorspiel des letzten Aktes»? Und ist das Datum «D» schon bestimmt? Das heisst: sind die Vorbereitungen abgeschlossen, und soll nur noch die günstigste Zeit für die gemeinsam einsetzenden Operationen abgewartet werden?